

Controllingbericht

f 12/18/14

:rhein-sieg-kreis 

Dezernat 1

2. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	-1.300 €	-155.520 €	-156.820 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	77.000 €	0 €	77.000 €
Amt 14	Prüfungsamt	76.120 €	0 €	76.120 €
Amt 15	Amt für Kommunalaufsicht, Wahlen, Kreistagsbüro	-77.433 €	0 €	-77.433 €
Amt 30	Rechts- und Ordnungsamt	-22.000 €	0 €	-22.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		52.387 €	-155.520 €	-103.133 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	0 €	-565.000 €	-565.000 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	-3.000 €	390.000 €	387.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		-3.000 €	-175.000 €	-178.000 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

10.08.16 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
• Verschiebung "Leuchtturmprojekt" (Führungsfortbildung) EÜ nach 2017, ursprünglich früher geplant	80.000
• Einführung Dokumentenmanagementsystem (EÜ 2015)	-50.000
• Mehrkosten Organisations-Untersuchung durch die GPA (EÜ aus 2015)	-114.720
• Mehrkosten Mitgliedschaft KGSt	-1.300
Wenigeraufwand Kommunikation, Umbuchung für Mehrkosten Netzwerke	58.000
Mehrkosten spezielle zentrale Hardware	-5.800
Mehrkosten externe Dienstleistungen	-65.000
Wenigeraufwand Arbeitsplatzausstattung (Hardware)	57.000
Mehrkosten für Netzwerke (LAN, WAN, TK)	-58.000
Mehrkosten für Standardsoftware (Microsoft Einzelplatz; Sophos)	-57.000
Summe Amt 10	-156.820
<u>Amt 11</u>	
• Höhere Erstattung Personalokosten civitec und Wasserverband	25.000
• Geringere Einnahmen Job-Ticket, ähnlicher Kostendeckungsgrad wie in Vorjahren	-9.000
• Höhere Ausgaben Job-Ticket, siehe oben	-37.000
• Betriebsarzt, gestiegener Gesamtpreis für den betriebsärztlichen Dienst, höhere betriebspezifische Aufwendungen (z. B. Impfstoffe)	-26.000
• KGSt macht seit Ende 2015 die Stellenbewertungen für den Rhein-Sieg- früher wurde die Stellenbewertung intern vorgenommen.	-20.000
• Höhere Kosten für externe Ausschreibungen um qualifiziertes Personal zu	-20.000
• Erhöhung der Gesellschafterumlage Studieninstitut	-18.000
• Motivationsmassage, höhere Aufwendungen durch gestiegene	-5.000
• Höhere Personalkostenerstattung vom Studieninstitut und VRS	58.000

Sachverhalt	Veränderung in €
Geringere Entgelte aus dem Bereich der Druckerei	-9.000
Reduzierung der Einträge in den Telefonbüchern	14.000
Outsourcing Materialkurierdienst (Transportboxen, Fahrdienst)	-6.000
Honorare/Entgelte für Dritte, Sicherheitsdienst Ausländeramt zeitweise, Umrüstung der Evacchairs	-7.000
Verzicht auf Hinweisbekanntmachungen laufender Vergabeverfahren	7.000
Reduzierung Kostenstelle Fahrzeuge	25.000
Portoerhöhung zum 01. 01. 2016	-60.000
Reduzierung Aufwand Papier	15.000
Veränderung Bewertung Vermögen allgemeine Verwaltungsgebäude	150.000
Summe Amt 11	77.000
<hr/>	
<u>Amt 14</u>	
• Höhere Kostenerstattung durch die Stadt Troisdorf wegen Anpassung an aktuellen KGSt-Kostenberechnungen	76.120
•	
Summe Amt 14	76.120
<hr/>	
<u>Amt 15</u>	
• Erhöhung durch die Zahl und den Umfang der öffentlichen durch die Kreisverwaltung nicht beeinflussbar	-22.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Leistungen an die Kreistagsabgeordneten etc. durch die Entschädigungsverordnung • • 	-55.433
Summe Amt 15	-77.433
<hr/>	
Amt 30	
<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Erstattung von Abschiebekosten durch mehr Abschiebungen, Teil Weiterleitung an Land NRW 	23.000
<ul style="list-style-type: none"> • Bußgeldsachbearbeitung musste wegen anderer dingender reduziert werden 	-5.500
<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Fallzahl für den elektronischen Aufenthaltstitel 	25.000
<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Druckkosten für den elektronischen Aufenthaltstitel 	-45.000
Geringere Gerichtskosten	4.500
Geringfügig höhere Einnahmen Sprengstofferelaubnisse	2.000
Gewerbeangelegenheiten - Geringere Bußgeldeinnahmen durch Personalverlagerung	-12.000
abgesetzte Zwangsgelder	-14.000
Summe Amt 30	-22.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
• Verschiebung Erwerb spezieller Software	90.000
• Erwerb spezieller Software (EÜ aus 2015)	-110.000
• Erwerb Büro- und Geschäftsausstattung EDV-Hardware (EÜ nach 2017)	5.000
• Erwerb BGA EDV-Hardware (EÜ aus 2015)	-550.000
Summe Amt 10	-565.000
<u>Amt 11</u>	
• Verkauf von Altfahrzeugen	7.000
• Zeitliche Verzögerung wegen Brandschutzsanierung, wird bestimmt noch	390.000
• Verteuerung Ausbau Vermessungsfahrzeuge	-10.000
•	
Summe Amt 11	387.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 1

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 10</u>	
<u>Amt 11</u>	
<u>Amt 14</u>	
<u>Amt 15</u> Reduzierung der Bekanntmachungskosten durch vorgeschlagene Änderung der Hauptsatzung - Verbesserung	ca. 5000 €
<u>Amt 30</u> Derzeit nicht endgültig absehbare Entwicklung bei der Aufnahme der Flüchtlinge und Asylbewerber. Jede Änderung der politischen Sach- und Rechtslage kann erhebliche Veränderung in der Abteilung Ausländerangelegenheiten haben. Da in der Abteilung und auch im Haus kein freies geeignetes Personal zur Verfügung steht, muss vermehrt entschieden werden, welche Aufgaben nicht wahrgenommen werden, natürlich auch mit Auswirkungen auf die Ausgaben und Einnahmen des	

16/12/16

Dezernat 2

2. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 31	Kreispolizeibehörde - Zentrale Aufgaben	43.000 €	0 €	43.000 €
Amt 36	Straßenverkehrsamt	436.000 €	0 €	436.000 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	-435.000 €	0 €	-435.000 €
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	27.000 €	0 €	27.000 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		71.000 €	0 €	71.000 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 36	Straßenverkehrsamt	0 €	0 €	0 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	6.235 €	-1.185.898 €	-1.179.663 €
Gesamtveränderungen Investitionen		6.235 €	-1.185.898 €	-1.179.663 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

16.8.2016 Heide
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 31	
• 0.31.10, Verwaltungsgebühren: Mehreinnahmen Waffenwesen	45.000
• 0.31.10, ordentl. Aufwendungen: höhere Aufwendungen für Beschaffung von Vordrucken u. ä. im Bereich Waffenwesen	-2.000
Summe Amt 31	43.000
Amt 36	
• 0.36.10, Verkehrssicherung: Anpassung Gebührenordnung; steigende Fallzahlen	122.000
• 0.36.20, Erlaubnisse zur Personen- und Güterbeförderung	2.000
• 0.36.30, Zulassung und Abmeldung: Steigerung im Zulassungsgeschäft im 1. Halbjahr, aber erfahrungsgemäß und durch Änderung bei Verfahrensweise mit Großkunden keine lineare Fortführung im 2. Halbjahr	735.000
• 0.36.40, Überwachung der Halterpflichten: Anpassung Gebührenordnung; steigende Fallzahlen	105.000
• 0.36.60, Überwachung des fließenden Verkehrs: geringere Erträge durch Schwerpunktverlagerung der Polizeiarbeit sowie durch Vandalismus bedingte Ausfälle einzelner stationärer Anlagen; gegenläufig positiver Trend der Fallzahlen der Anlage an der A 59 sowie geringere Aufwendungen für Dienstleistungen, da Sachbearbeitung A 59 entgegen der ursprünglichen Planung durch eigenes Personal erfolgt	-528.000
Summe Amt 36	436.000
Amt 38	
• 0.38.10: Gebühren Leitstelle und Rettungswesen: zeitweise Störungen im Abrechnungsverfahren führen zu Verzögerungen bei Gebühreneinnahmen, die sich mindernd auf das Jahresergebnis auswirken können. Ebenso zeichnen sich Mehraufwendungen gegenüber dem Ansatz ab. Die ausgewiesene Verschlechterung bezieht sich nur auf den "Gebührenhaushalt Leitstelle", da Unterdeckungen im "Gebührenhaushalt Rettungsdienst" durch Inanspruchnahme von Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren aus diesem Bereich, die in einen Sonderposten zum Gebührengleich überführt wurden, gedeckt werden können.	-435.000
•	
Summe Amt 38	-435.000

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 39	
• 0.39.10 Verbraucherschutz: Mehrerträge sowohl bei den Verwaltungsgebühren als auch den ordnungsrechtlichen Erträgen	70.000
• 0.39.20 Schlachtier- und Fleischuntersuchung: Mindererträge bei den Verwaltungsgebühren durch die noch ausstehende Satzungsänderungen können teilweise durch geringere Honorarzahlungen an amtliche Tierärzte, die für das kreiseigene Trichinenlabor tätig sind, ausgeglichen werden	-89.000
• 0.39.30 Tiergesundheit: Mehreerträge bei den Verwaltungsgebühren durch die erstmalige Erteilung von Erlaubnissen nach gesetzlicher Änderung sowie Minderaufwendungen bei den Kosten der Tierkörperbeseitigung	42.000
• Amt 39 insgesamt: Minderausgaben bei den Kosten für das Qualitätsmanagement-System	4.000
Summe Amt 39	27.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<p>Amt 36</p> <ul style="list-style-type: none"> • • • • <p style="text-align: right;">Summe Amt 36</p>	<p>0</p>
<p>Amt 38</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für die teilweise über die Jahre 2015 und 2016 laufenden Projekte des Amtes 38 werden neben den für 2016 vorgesehen Haushaltsansätzen genehmigte Ermächtigungsübertragungen aus 2015 in diesem Umfang herangezogen. • • • <p style="text-align: right;">Summe Amt 38</p>	<p>-1.179.663</p> <p>-1.179.663</p>

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 2

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<p>Amt 31</p> <p>Durch den Wegfall der Tarifstelle 18.6 fallen die Gebühreneinnahmen für Fehlalarme dauerhaft weg. Die Einnahmen hieraus lagen bei ca. 70 - 80T€/jährlich.</p>	
<p>Amt 36</p> <p>Im Bereich der Zulassung (0.36.30) kann es auch kurzfristig zu starken Schwankungen kommen, die sich in beide Richtungen entwickeln. Wirtschaftskrisen oder auch Förderprogramme haben großen Einfluss auf das Kaufverhalten der Kunden, können von hier jedoch nicht beeinflusst werden und sind auch nicht unbedingt vorhersehbar.</p> <p>Im Bereich 0.36.60 können im zweiten Halbjahr drei durch Vandalismus ausgefallene stationäre Standorte wieder in Betrieb gesetzt werden. Sofern keine anderen Standorte bei der stationären Überwachung ausfallen, kann mit wieder ansteigenden Fallzahlen gerechnet werden.</p> <p>Bei den Polizeianzeigen ist noch nicht absehbar, in wie weit der Einfluss der Flüchtlingssituation auf die gesamte Arbeitskraft bei der Polizei abgeschlossen ist oder sogar noch zunehmen wird. Dementsprechend sind Aussagen zur Entwicklung des Trends zu Gunsten oder zu weiteren Lasten der Überwachungstätigkeit und damit der von hier zu bearbeitenden Fallzahlen nicht möglich.</p>	
<p>Amt 38</p> <p>0.38.10 - Veränderung bei Gebührenerträgen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Einsatzzahlen</p> <p>0.38.10 - Maßnahmen des Rettungsdienstbedarfsplanes verzögern sich oder lassen sich nur mit höheren Kosten realisieren</p> <p>0.38.10 - Weitere Ausfälle beim Abrechnungssystem, das 2017 erneuert werden soll, führen zu Einnahmenverzögerungen bzw. einem Minderertrag in 2016</p> <p>0.38.30 - Mehraufwendungen im Zusammenhang mit größeren Schadenereignissen oder erforderliche Vorplanungen für sich aktuelle ergebende Situationen</p>	
<p>Amt 39</p> <p>Die Einnahmen des Amtes basieren fast vollständig auf Verwaltungsgebühren und sonstigen ordentlichen Erträgen (Buß- und Zwangsgelder). Die hier zu Grunde liegenden Fallzahlen sind vom Amt nicht aktiv zu beeinflussen. Es ist daher durchaus möglich, dass in der zweiten Jahreshälfte noch Verbesserungen oder Verschlechterungen in den einzelnen Teilprodukten entstehen. Die zum zweiten Halbjahr 2016 in Kraft getretene Gebührenpflicht für Primärkontrollen im Bereich des Verbraucherschutzes und die daraus resultierenden Mehreinnahmen sind abhängig von der Zuverfügungstellung des angeforderten Personals sowie der teilweise noch in Abstimmung befindlichen Befreiungstatbestände für Lebensmittelunternehmer.</p>	

Sachverhalt

Die veranschlagten Ausgaben für die Tierseuchenbekämpfung stellen den jährlichen Grundbedarf sowie evtl. Tierseuchenausbrüche mit geringerem Kostenaufwand (z. B. Faulbrut bei Bienen) sicher. Ein Ausbruch von Tierseuchen mit hohem oder sehr hohem, die Haushaltsansätze übersteigendem Finanzbedarf (z. B. Afrikanische Schweinepest, Vogelgrippe, Geflügelpest) ist jederzeit möglich und nicht plan- oder kalkulierbar.

Volumen in €

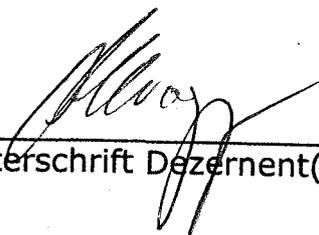
Controllingbericht

Dezernat 3

2. Quartal 2016

	Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
	substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Stab 07 Kommunales Integrationszentrum	69.332 €	-3.900 €	65.432 €
Amt 50 Sozialamt	-6.012.809 €	-585.000 €	-6.597.809 €
Amt 52 Versorgungsamt	0 €	0 €	0 €
Amt 53 Gesundheitsamt	30.147 €	0 €	30.147 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	-5.913.330 €	-588.900 €	-6.502.230 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 50 Sozialamt	0 €	0 €	0 €
Gesamtveränderungen Investitionen	0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

24.8.16 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
Stab 07	
<ul style="list-style-type: none"> Summe Veränderungen aus Produkten, u.a. durch NRW-Projekt-Förderprogramm KOMM-AN 	65.432
Summe Stab 07	65.432
Amt 50	
Insgesamt ergibt sich trotz einiger Verbesserungen (u.a. erfolgt durch befristet-verstärkten Personaleinsatz bei HzPfl/Unterhaltsheranziehung) eine Gesamtverschlechterung iHv knapp 6,6 Mio Euro:	
<ul style="list-style-type: none"> Eingliederungshilfe a.E. (Steigerung der Kosten im Einzelfall, wie ursprünglich vom Fachbereich prognostiziert) 	-2.475.000
<ul style="list-style-type: none"> Hilfe zur Pflege i.E. (Steigerung mtl. Aufwendungen/Fall binnen eines Jahres um mehr als 30 %) 	-1.225.000
<ul style="list-style-type: none"> Anstieg der Zahl der Leistungsberechtigten Hilfe zum Lebensunterhalt a.E. um 10 % 	-1.100.000
<ul style="list-style-type: none"> Abrechnung von Verwaltungskosten mit dem Jobcenter 	-360.000
<ul style="list-style-type: none"> Verwendung von BuT-Mitteln gem. KT-Beschluss; Ermächtigungsübertragung aus dem Vorjahr -Betrag ist im Gesamtbetrag "aus zeitl. Verschiebung" enthalten 	-450.000
<ul style="list-style-type: none"> Förderung ambulanter und teilstationäre Pflegeeinrichtungen 	-350.000
<ul style="list-style-type: none"> Sonstige Änderungen (z.B. nicht abrechenbare, rückwirkende Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter, sonstige Leistungen und Sachverhalte) 	-640.000
Summe Amt 50	-6.600.000
Amt 52	
<ul style="list-style-type: none"> Keine wesentlichen Veränderungen 	
Summe Amt 52	0
Amt 53	
<ul style="list-style-type: none"> Geringfügige Verbesserung aufgrund einmaliger Effekte, u.a. Minderausgabe für Rechtsgutachten KH Eitorf 	30.000
Summe Amt 53	30.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 3

Sachverhalt

Veränderung
in €

Amt 50

-
-
-
-

Summe Amt 50

0

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 3

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Stab 07</u>	
<u>Amt 50</u> Eine restriktivere Prüfung und Handhabung der Bundeserstattung im Bereich Grundsicherung im Alter kann zu Mindereinnahmen im 6stelligen Bereich führen. Darüberhinaus sind auch nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände durch verschiedene gesetzliche Neuregelungen wie z.B. Inklusionsstärkungsgesetz, Bundesteilhabegesetz und Pflegestärkungsgesetz einerseits zusätzliche Leistungsansprüche und demzufolge eine Zunahme der Zahl der Anspruchsberechtigten sowie andererseits erhebliche Mehraufwände im Verwaltungsverfahren der Sozialbehörde zu befürchten. Daneben ist die ungeklärte Situation bei den A2LL-Fehlbuchungen im SGB II zu beachten.	
<u>Amt 52</u>	
<u>Amt 53</u>	

3/2

Controllingbericht

Dezernat 4

2. Quartal 2016

	Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
	substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 66 Amt für Technischen Umweltschutz	0 €	99.000 €	99.000 €
Amt 67 Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	0 €	99.000 €	99.000 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 67 Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>	0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil diese Berichtes.

A. S. C. Kluwe

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der
Ergebnisrechnung im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<p><u>Amt 66</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Abfallgebührenhaushalt: Aufgrund höherer Abfallgebühreneinnahmen und Verwertungserlöse sowie Einsparungen bei der Biomüllentsorgung ergibt sich im Ergebnishaushalt voraussichtlich ein Plus von rund 5,3 Mio. Euro. Ein Ausgleich des Gebührenüberschusses erfolgt durch Überführung in den Sonderposten. • Bodenschutz: Die Altlastensanierung "De Haer" in Troisdorf kann in diesem Jahr voraussichtlich nicht im geplanten Umfang erfolgen. Die Sanierung ist jedoch erforderlich und vertraglich gesichert. Die in diesem Jahr dadurch frei werdenden Mittel sollen auf das Jahr 2017 übertragen werden • • <p style="text-align: right;">Summe Amt 66</p>	<p>99.000</p> <hr/> <p>99.000</p>
<p><u>Amt 67</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • • • • <p style="text-align: right;">Summe Amt 67</p>	<hr/> <p>0</p>

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 4

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
Amt 66 Risiko: Unvorhergesehene Ausgaben zur Gefahrenabwehr (Gewässer- und Bodenverunreinigung, Ersatzvornahmen für illegal gelagerte Abfälle).	
Amt 67	

Controllingbericht

f. 11/11/16
A.

Dezernat 5

2. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 61	Amt für Kreisentwicklung und Mobilität	125.740 €	-34.930 €	90.810 €
Amt 62	Amt für Katasterwesen und Geoinformation	0 €	0 €	0 €
Amt 63	Bauaufsichtsamt	-80.705 €	0 €	-80.705 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		45.035 €	-34.930 €	10.105 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 61	Amt für Kreisentwicklung und Mobilität	-245.500 €	1.654.600 €	1.409.100 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		-245.500 €	1.654.600 €	1.409.100 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

12.08.2016

*Joerg
12/16*

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

12/18

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 61	
• Verbesserung beim <u>AST-Verlustausgleich</u> aufgrund der Reduzierung des AST-Verkehrs infolge von Angebotsverbesserungen im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans	74.000
• Aufwendungen für die Weiterführung des <u>Gewerbeflächenkonzepts</u>	-59.500
• Saldierte Mehraufwendungen im Bereich der <u>Untersuchungen zur Förderung des Nahverkehrs und der Organisations- und Planungskosten des ÖPNV</u> (Machbarkeitsstudien und Qualitätserhebungen)	-38.000
• Verschiedene kleinere <u>saldierte Veränderungen</u> im Bereich der <u>allgemeinen Planungsangelegenheiten</u>	19.600
• Verbesserung aus der <u>ertragswirksamen Auflösung nicht mehr benötigter Sonderrückstellungen Kreisstraßenbau</u>	165.000
• Mehraufwand für kommunale <u>Gebühren für Niederschlagswasser im Bereich des Kreisstraßenbaus</u>	-126.000
• <u>Erträge aus konsumtiven Landeszuweisungen</u> (nach Schlussvermessung)	45.000
• <u>Saldierte Verbesserungen im Rahmen der Projektabwicklung</u>	10.710
Summe Amt 61	90.810
Amt 62	
• <u>Vermessung</u> : Aufgrund der Auftragslage wird das erwartete <u>Gebührenaufkommen</u> nicht erreicht werden	-20.000
• <u>Kataster</u> : Wenigeraufwendungen bei den durchgeführten <u>Zwangseinmessungen</u>	20.000
Summe Amt 62	0
Amt 63	
• <u>Baugenehmigungen</u> : das veranschlagte <u>Gebührenaufkommen</u> für Baugenehmigungen kann voraussichtlich nicht realisiert werden	-40.000
• <u>Bauverwaltung</u> : Saldierte Verschlechterung aus zzt. absehbaren Veränderungen insbesondere bei den Buß- und Zwangsgeldern sowie im Bereich der Ersatzvornahmen	-40.705
Summe Amt 63	-80.705

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
Die ausgewiesene saldierte Gesamtverbesserung bei den <u>Investitionen des Amtes für Kreisentwicklung und Mobilität</u> hat folgende Ursachen:	
<u>Kreisstraßenbau:</u>	
• <u>Wenigerauszahlungen</u> bei den <u>Baukosten</u> aufgrund <u>zeitlicher Verschiebungen</u> (Ermächtigungsübertragung nach 2017 erforderlich):	3.325.000
• <u>Mehrauszahlungen</u> bei den <u>Baukosten</u> aufgrund <u>zeitlicher Verschiebungen</u> (durch Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren gedeckt):	-165.400
• <u>Wenigerauszahlungen</u> beim <u>Grunderwerb</u> aufgrund <u>zeitlicher Verschiebungen</u> (Ermächtigungsübertragung nach 2017 erforderlich):	85.000
• <u>Mehrauszahlungen</u> beim <u>Grunderwerb</u> aufgrund <u>zeitlicher Verschiebungen</u> (durch Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren gedeckt):	-1.221.800
• Voraussichtliche <u>Mindereinzahlungen</u> bei <u>Landeszuweisungen</u> aufgrund der Entwicklung der Baukosten (K 29, K 3):	-270.000
Somit <u>Summe Veränderungen</u> aufgrund von <u>zeitlichen Verzögerungen</u> bei <u>Maßnahmen des Kreisstraßenbaus</u> :	1.752.800 ¹⁾
Restabwicklung des Projekts "<u>Klosterlandschaft Heisterbach</u>" (letzter Baustein "Info-/Wegesystem"):	
• Auszahlungen aus <u>Ermächtigungsübertragungen</u> :	-368.200
• <u>Restliche Kostenbeteiligung</u> Stadt Königswinter:	24.500
Summe Amt 61	1.409.100

- ¹⁾ Bei der Durchführung einer Vielzahl von investiven Maßnahmen des Kreisstraßenbaus kommt es (insbesondere wg. fehlendem Baurecht, aber auch zur Begleichung beauftragter Leistungen etc.) zu zeitlichen Verzögerungen. In solchen Fällen ist die Übertragung der entsprechenden (restlichen) Ausgabeermächtigung bis zur endgültigen Fertigstellung der Maßnahme erforderlich. Dies hat im jeweils lfd. Haushaltsvollzug/für das Controlling entweder zur Folge, dass
- Maßnahmekosten, soweit sie nicht aus einem Haushaltsansatz, sondern aus Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren finanziert werden, zu Verschlechterungen führen, diese aber durch die übertragenden Mittel gedeckt sind, oder dass
 - veranschlagte Maßnahmekosten aufgrund der zeitlichen Verzögerungen erspart werden und dies somit zu entsprechenden Haushaltsverbesserungen führt, die Ausgabeermächtigungen jedoch im Rahmen der Ermächtigungsübertragungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden müssen.

Beide Sachverhalte führen zwar zu Abweichungen ggü. der Hpl.-Veranschlagung; sie stellen allerdings keine "substanziellen" Haushaltsveränderungen dar.

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 5

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 61</u> --	0
<u>Amt 62</u> --	0
<u>Amt 63</u> --	0

Controllingbericht

30.08.2016
A



Dezernat 6

2. Quartal 2016

	Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
	substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Amt 17 Archiv	-4.600 €	0 €	-4.600 €
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	-260.440 €	41.500 €	-218.940 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	-40.000 €	20.000 €	-20.000 €
Amt 51 Jugendamt	398.650 €	0 €	398.650 €
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	580 €	0 €	580 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	94.190 €	61.500 €	155.690 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 40 Amt für Schule und Bildungskordinierung	-331.200 €	290.700 €	-40.500 €
Amt 41 Kultur- und Sportamt	0 €	0 €	0 €
Amt 51 Jugendamt	0 €	0 €	0 €
Amt 57 Psychologische Beratungsdienste	3.800 €	0 €	3.800 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>	-327.400 €	290.700 €	-36.700 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

30.08.2016
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 6

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
• 50. Rheinischer Archivtag - Fachveranstaltung mit überregionaler Aufmerksamkeit, Auszeichnung für den Rhein-Sieg-Kreis, die Jubiläumsveranstaltung durchzuführen	-2.400
• Personalkostenverrechnung für das Massenentsäuerungsprojekt von bedeutenden Akten	-1.700
• Keine volle Ausschöpfung des Ansatzes bei der Mikroverfilmung	2.500
Summe Amt 17	-1.600
<u>Amt 40</u>	
• Mehreinnahmen bei den Kopierkostenbeiträgen der Schüler in den Berufskollegs.	18.000
• Neues Vergabeverfahren bei der Gebäudereinigung der Berufskollegs führt zu Mehrausgaben.	-110.700
• Durch die Internationalen Förderklassen (mehr Schüler, andere Bedarfe) entsteht ein höherer Bedarf an Lehr- und Lernmitteln.	-10.000
• Mehrausgaben bei den Kopierkosten, die aber durch einen höheren Schüleranteil zu 100% gedeckt sind.	-18.000
• Die Hebesätze der Unfallversicherung sind erhöht worden.	-22.100
• Höherer Zuschuss durch den Bund für Freiwilligendienste.	59.300
• Höhere Zuschüsse des Landes für den Fördernden Offenen Ganztags an Förderschulen, weil mehr Gruppen eingerichtet wurden.	46.100
• Mehreinnahmen bei den Elternbeiträgen für den Fördernden Offenen Ganztags, weil mehr Kinder in mehr Gruppen.	5.000
• Neues Vergabeverfahren bei der Gebäudereinigung der Förderschulen führt zu Mehrausgaben.	-83.800
• Höhere Schülerzahlen bedingen höhere Kosten beim Schülerspezialverkehr.	-72.000
• Die Sachkosten für die Gruppen des Ganztags in den Förderschulen steigen, weil mehr Gruppen eingerichtet wurden. Bedingt durch zeitliche Verschiebung.	-41.500
• An der Rudolf-Dreikurs-Förderschule wurde anteilig ein Hausmeister der Stadt Siegburg finanziert. Die Anteilsfinanzierung fällt wegen eigener Personalgestellung weg.	18.000
• Die St.Ansgar-Caritas-Jugendhilfe-Gesellschaft stellt das Fachpersonal für den Offenen Ganztags an den Förderschulen. Mehr Kosten, weil mehr Gruppen eingerichtet wurden.	-38.000
• Die Hebesätze der Unfallversicherung sind erhöht worden.	-2.700

Sachverhalt	Veränderung in €
<ul style="list-style-type: none"> • Im Übergangsmanagement Schule-Beruf werden die Kosten der Potentialanalyse für alle Schüler der 8. Klassen unmittelbar durch das Landesprogramm "Kein Abschluss ohne Anschluss" abgerechnet. Kosten für den Rhein-Sieg-Kreis entfallen, daher auch keine Erstattung mehr. 	-550.000
<ul style="list-style-type: none"> • Der Zuschuss des Landes für Personal im Regionalen Bildungsbüro fällt geringer aus, weil die Aufwendungen aufgrund von zeitweiser Personalvakanz geringer waren. 	-24.000
<ul style="list-style-type: none"> • Der Ansatz für die Potentialanalyse in Höhe von 550.000 EURO entfällt (siehe oben). Von den verbleibenden 100.000 EURO des Ansatzes werden ca. 75.000 EURO für die Förderung intensiver Berufsorientierung für schwächere Schülerinnen und Schüler benötigt, um mögliche Folgekosten für soziale Sicherungssysteme und Transferaufwendungen zu vermeiden. 	575.000
<ul style="list-style-type: none"> • Für das Regionale Bildungsbüro wurden weniger Sachmittel benötigt - korrespondiert mit den Erträgen in diesem Bereich (siehe oben). 	32.400
Summe Amt 40	-219.000
<u>Amt 41</u>	
<ul style="list-style-type: none"> • Erforschung der NS-Medizinverbrechen im Rhein-Sieg-Kreis. Wegen Verzögerungen im Projektablauf werden nicht alle Mittel im laufenden Haushalt in Anspruch genommen. Zeitliche Verschiebung. 	-20.000
Summe Amt 41	-20.000
<u>Amt 51</u>	
<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhte Landeszuwendungen wegen zusätzlicher Kindergartenplätze 	892.000
<ul style="list-style-type: none"> • Positive Entwicklung der Elternbeiträge in den Kindergärten und der Tagespflege. 	707.800
<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Betriebsausgaben durch zusätzliche Kindergartenplätze und Weitergabe der höheren Zuschüsse (s. Erträge). 	-1.657.000
<ul style="list-style-type: none"> • Höherer Aufwand für Tagespflegepersonen: Mehr Tagespflegepersonen, weil mehr Kinder, dadurch höhere Sozialversicherungsbeiträge. Mehraufwand durch Ausbau von U3-Plätzen in der Tagespflege. 	-390.000
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenerstattung für Unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMAs) in der Intensiven sozialpädagogischen Einzelfallhilfe 	50.000
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenerstattungsfälle bei den ambulanten Hilfen, oft bedingt durch eine nunmehr ausreichende Personaldecke. 	63.500
<ul style="list-style-type: none"> • Drei laufende Kostenerstattungsfälle im Jugendhilfezentrum für Alfter, Swisttal und Wachtberg. 	-20.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<ul style="list-style-type: none"> • Mehraufwendungen durch höheres Fallaufkommen bei den ambulanten Hilfen. Dies könnte noch nach Hilfearten und Sozialräumen differenziert werden. Auffällig ist der starke Anstieg bei den Aufwendungen für die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen nach § 35a und Schulbegleitung. Im Saldo: 	-704.900
<ul style="list-style-type: none"> • Minderaufwand bei den ambulanten Hilfen im Bereich des Jugendhilfezentrums für Neunkirchen-Seelscheid, Much und Ruppichteroth. 	77.900
<ul style="list-style-type: none"> • Aufwendungen für Kostenerstattungen, die andere Jugendhilfeträger geltend machen. 	-43.000
<ul style="list-style-type: none"> • Erstattungen des Landes für UMAs im Bereich der Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften. 	55.025
<ul style="list-style-type: none"> • Erstattungen des Landes für UMAs im stationären Bereich der unterschiedlichen Hilfearten (Heimunterbringung, Pflegefamilien, Eingliederungshilfe). 	3.342.925
<ul style="list-style-type: none"> • Erstattungsfälle in allen Jugendhilfezentren und in allen Hilfearten im stationären Bereich. Können durch jetzt ausreichende Personalausstattung stärker herangezogen werden. Heißt: Personalverstärkung zahlt sich aus. 	1.552.000
<ul style="list-style-type: none"> • Mehraufwendungen durch Fallzahlensteigerung im Bereich der UMAs in den verschiedenen Hilfearten im stationären Bereich. 	-3.122.400
<ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Kostenerstattungsfälle und Fallzahlensteigerungen in allen stationären Hilfearten und in allen Jugendhilfezentren. 	-457.200
<ul style="list-style-type: none"> • Erfolgreiche Heranziehung von Unterhaltspflichtigen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG). 	45.000
<ul style="list-style-type: none"> • Weniger Erstattungen des Landes. 	-23.300
<ul style="list-style-type: none"> • Weniger Aufwendungen im Bereich des UVG -korrespondiert mit den weniger Erträgen -23.300 EURO. 	40.000
<ul style="list-style-type: none"> • Mehraufwendungen bei der Einnahmeablieferung an das Land. 	-9.700
Summe Amt 51	398.650
<hr/>	
<u>Amt 57</u>	
<ul style="list-style-type: none"> • Weniger Aufwendungen für Verbrauchsmaterial in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie im Schulpsychologischen Dienst. 	580
<ul style="list-style-type: none"> • • • 	
Summe Amt 57	580

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 6

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
• Verschiebung der Sanierungsarbeiten im BK Hennef auf 2017.	104.000
• Beschaffungsmaßnahmen an den BK´s Siegburg und Troisdorf aus 2015 werden fortgeführt.	-92.000
• DV Beschaffungsmaßnahmen an BK´s aus 2015 werden fortgeführt.	-155.000
• Beschaffungsmaßnahmen an Förderschulen aus 2015 werden fortgeführt.	-14.700
• Verschiebung von Sanierungsarbeiten an den Förderschulen in Hennef und Alfter.	155.000
• Einrichtungserneuerung Förderschule Windeck, begonnen in 2015.	-14.400
• Einrichtung im Interim Förderschule An der Wicke Alfter.	-7.400
• Ersatzbeschaffung nach Diebstahl an der Förderschule in Siegburg.	-16.000
Summe Amt 40	-40.500
<u>Amt 41</u>	
•	
•	
Summe Amt 41	0
<u>Amt 51</u>	
•	
•	
Summe Amt 51	0
<u>Amt 57</u>	
• Weniger Beschaffungen	3.800
•	
•	
Summe Amt 57	3.800

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 6

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<p><u>Amt 17</u> Fehlanzeige.</p>	
<p><u>Amt 40</u> Fehlanzeige.</p>	
<p><u>Amt 41</u> Fehlanzeige.</p>	
<p><u>Amt 51</u></p> <p>Grundsätzlich ist es sehr schwierig, für die Teilprodukte 0.51.40 (ambulante Hilfen) und 0.51.70 (stationäre Hilfen) Prognosen zu tätigen, da die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können und zur Frage von Neufällen nur Annahmen getroffen werden können. Die Auswirkungen der derzeitigen Flüchtlingssituation sind kaum zu kalkulieren. Auch zu der Höhe der Kostenerstattungen des überörtlichen Trägers im Rahmen der Hilfe für Flüchtlinge können nur vage Vermutungen geäußert werden. Zum nächsten Controllingbericht werden vermutlich konkretere Angaben möglich sein.</p>	
<p><u>Amt 57</u> Fehlanzeige.</p>	

Controllingbericht

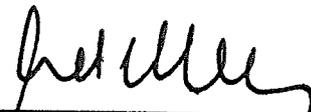
Dezernat 7

2. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 20	Amt für Finanzwesen	4.706.000 €	0 €	4.706.000 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Wohnungsbauförderung	3.530.435 €	850.000 €	4.380.435 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		8.236.435 €	850.000 €	9.086.435 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 20	Amt für Finanzwesen	500.000 €	0 €	500.000 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Wohnungsbauförderung	6.534.400 €	1.385.000 €	7.919.400 €
Gesamtveränderungen Investitionen		7.034.400 €	1.385.000 €	8.419.400 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil diese Berichtes.

22/11/16



Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 7

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 20	
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserungen Finanzausgleich: 3.481 T€; Geringere Zinsen Kreditmarkt durch spätere Kreditaufnahme: 850 T€ 	4.331.000
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserungen im Bereich der Erhebung von Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren: 215 T€; Entfall Aufwendungen für externes Personal zur Bearbeitung der Bußgelder aus der Messung an der A59:160 T€ (Kosten entstehen an anderer Stelle im Personalbudget) 	375.000
Summe Amt 20	4.706.000
Amt 22	
<ul style="list-style-type: none"> • <u>Beteiligungen</u>: Verbesserung Interlokale Verkehre Stadt Köln aufgrund Plandaten für 2016: 88 T€; Verbesserung SSB aus Spitzabrechnung 2015 und aktueller Wirtschaftsplan 2016: rd. 1.486 T€; Höhere Ausschüttung KSK: 985 T€, Höhere Ausschüttung BRS: 633 T€, neue Ausschüttung RSAG AöR: 600T€, Interlokale Verkehre RSVG: -20 T€ 	3.771.886
<ul style="list-style-type: none"> • <u>Versicherungen/Liegenschaften</u>: Saldierte Verbesserung aus Mieten/Pachten +39 T€; Erhöhte Erlöse aus Parkentgelten +60 T€; Auflösung Verbindlichkeit aus Rentenzahlung wegen Tod 30 T€; Höhere Kfz-Versicherung wg. Anschaffung neuer RTW -114 T€ 	15.549
<ul style="list-style-type: none"> • <u>Gebäudewirtschaft</u>: Die Veränderungen ergeben sich teilweise aufgrund <i>zeitlicher Verschiebungen</i>, weil Projekte noch nicht begonnen bzw. nicht in dem geplanten Umfang in 2016 umgesetzt werden können. Soweit hierfür nicht in 2016 Rückstellungen in Höhe des Haushaltsansatzes gebildet werden müssen (so dass sich im Ergebnis keine Auswirkung auf die Haushaltsentwicklung ergibt), werden am Ende des Jahres teilweise Ermächtigungsübertragungen gebildet, so dass die Mittel im Folgejahr zur Verfügung stehen; gleichzeitig stellt dies aber im lfd. Haushaltsjahr 2016 eine Verbesserung dar. Im Folgejahr führen die Inanspruchnahmen von Ermächtigungsübertragungen dann zu einer Haushaltsverschlechterung. Dies betrifft folgende Projekte: Umzüge, Auslagerungen Kreishaus (+175 T€); Sanierung BK Hennef, Interim (+400 T€), Sanierung Förderschule Alfter-Gielsdorf (+75 T€) 	650.000

Sachverhalt	Veränderung in €
Wesentliche <i>substanzielle Veränderungen</i> ergeben sich darüber hinaus in folgenden Bereichen:	-57.000
geringere Betriebsaufwendungen Blockheizkraftwerk, da nicht in Betrieb, rd. +400 T€	
Sanierung Turnhalle SQ Siegburg; Keine Interimskosten: +150 T€	
Sanierung BK Troisdorf Maßnahme verschoben: +250 T€	
Sanierung GG Windeck, Bildung Rückstellung: -500 T€ (zusätzlich werden aus den Verbesserungen im Bereich der Beteiligungen 200 T€ für Auftragsvergaben für diese Maßnahme benötigt; die Aufwendungen fallen jedoch voraussichtlich erst 2017 an, die Ermächtigung soll daher in diesem Umfang nach 2017 übertragen werden)	
Burgruine Windeck, Bildung Rückstellung: -400 T€	
Sanierung Turnhalle Hennef, Bildung Rückstellung, -500 T€	
GG Sankt Augustin, Auflösung Rückstellungen +358 T€	
Abriss Schullandheim entfällt, da verkauft: +185 T€	
Summe Amt 22	

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 7

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 20	
<ul style="list-style-type: none"> Geringere Tilgungszahlungen wegen späterer Kreditaufnahme 	500.000
Summe Amt 20	500.000
Amt 22	
<p>Gebäudewirtschaft: Die Verbesserung im Bereich der Investitionen ist im Wesentlichen den zeitlichen Verschiebungen im Rahmen der Bauprojekte geschuldet, wengleich diesen Verbesserungen auch auf der anderen Seite Verschlechterungen gegenüber stehen, die aus der Inanspruchnahme von Ermächtigungsübertragungen (EÜ) der Vorjahre resultieren. Der Saldo von rd. 1,385 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus den zeitlichen Verschiebungen folgender Maßnahmen (+Verbesserung; -Verschlechterung):</p>	
<ul style="list-style-type: none"> Erweiterung Infotheke Kreishaus LAN Datenleitungsnetz Kreishaus Zuwendung Beleuchtung (Sanierung Kreishaus) Mittelabruf erfolgt schrittweise bis 2017 Neubau GG Sankt Augustin (EÜ aus Vorjahren wird in Anspruch genommen) Sanierung BK Hennef Sanierung Turnhalle SQ Siegburg Sanierung Schulgebäude SQ Alfter Neubau Rettungswache Bornheim (Grundstück) Neubau Rettungswache Bornheim Baukosten Neubau Rettungswache Ruppichteroth Grundstück diverse Inanspruchnahmen EÜ (Verschlechterungen) < 100 T€ saldiert mit Verbesserungen < 100 T€ 	<ul style="list-style-type: none"> -250.000 245.000 200.000 -200.000 -2.200.000 1.300.000 1.315.000 -578.000 1.950.000 -135.000 -262.000
Substantielle Veränderungen ergeben sich durch:	
<ul style="list-style-type: none"> Neuveranschlagung Sanierung BK Troisdorf im HPL 2017/18 Neuveranschlagung Neubau Rettungswache Much im HPL 2017/18 Rettungswache Swisttal Grundstück Neubau JHZ Eitorf Grundstücksverkäufe div. < 100 T€ 	<ul style="list-style-type: none"> 6.000.000 750.000 -256.600 -260.000 306.000 -5.000
Summe Amt 22	7.919.400

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 7

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<p>Amt 20</p> <p>keine Erläuterungen erforderlich</p>	
<p>Amt 22</p> <p>Risiko - Neubau Rettungswachen - Bornheim. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass es aufgrund der vom Fachbereich formulierten Anforderungen an Fläche und Standard zu erheblichen Kostensteigerungen kommen wird, die aber annähernd belastbar erst bei Vorliegen der Kostenberechnung beziffert werden können. Betroffen ist der Gebührenhaushalt und dort der investive Bereich, Auswirkungen ergeben sich daher langfristig über Abschreibungen und Zinsen; der Haushalt 2016 ist hiervon nicht direkt betroffen</p> <p>Risiko - Sanierung und Erweiterung des BK Hennef; Die derzeitige Kostenberechnung beläuft sich auf 50,7 Mio. €, zzgl. einer rd. 10%igen Sicherheitsreserve ergibt sich ein Gesamtkostenvolumen von rund 55 Mio. €, für das noch entsprechende Mittel in den anstehenden Haushalt einzuplanen sind; es erfolgt dazu eine gesonderte Beratung in den Gremien.</p>	

Controllingbericht

Zusammenfassung der Berichte der Stabstellen

2. Quartal 2016

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2016 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stäbe 01 + 06	Wirtschaftsförderung und Abgeschottete Statistikstelle	0 €	0 €	0 €
Stab 02	Pressestelle	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	9.000 €	-58.600 €	-49.600 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		9.000 €	-58.600 €	-49.600 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind in den als **Anlage** beigefügten **Berichten der Stabstellen** dargelegt.

Controllingbericht

2. Quartal 2016

Stab 01 Wirtschaftsförderung

Stab 06 Abgeschottete Statistikstelle

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.90.10	Wirtschaftsförderung	-	0
0.90.11	Regionale Kooperationen	-	0
0.90.20	Statistik	-	0
Summe Veränderung aus Produkten			0
zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen			0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			0
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung			0

Chancen und Risiken

Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen Veränderungen absehbar.

19.07.16
Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat
Referat Wirtschaftsförderung 
Datum / Unterschrift Leitung Stäbe

Controllingbericht

2. Quartal 2016

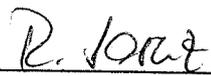
Stab 02 Pressestelle

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

	Anlage	in €
Ergebnishaushalt		
0.01.30 Pressestelle		0
Summe Veränderung aus Produkten		0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		0
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung		0

Chancen und Risiken

**Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen
Veränderungen absehbar.**

27.07.16 
Datum / Unterschrift Leitung Stab

Controllingbericht

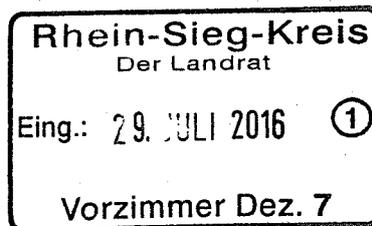
2. Quartal 2016

Stab 05 Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.50	Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat	1	-49.600
	Summe Veränderung aus Produkten		-49.600
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			-49.600
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung			-58.600

Chancen und Risiken



29.07.16 Z. Jork

Datum / Unterschrift Leitung Stab

Controllingbericht

f. 18/17/26

10.08.16

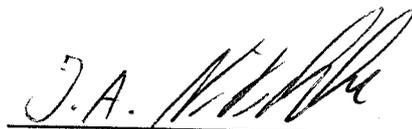
**Personal- und
Versorgungsaufwand**

2. Quartal 2016

Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	-1.835.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	-60.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	-353.000 €
Gesamtveränderung	-2.248.000 €

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sowie der Gegenfinanzierung sind in der Anlage 1 erläutert.
Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
Allgemeiner Haushalt:	
• Personalaufwendungen	0
• Erstattung des Landes für den Personaleinsatz in den kreiseigenen Notunterkünften einschl. Pauschale für Krisenstabe, Organisation/Koordination und sonstige Verwaltungsarbeit im Hintergrund	240.000
• Pensions- und Beihilferückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2015 und enthalten eine Steigerung in Höhe der Besoldungserhöhung ab 01.08.2016 von 2,1%. Darüber hinaus wurde aufgrund der allgemein gestiegenen Krankheitskosten die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilferückstellungen angepasst, das zu einer höheren	-2.225.000
• Beiträge Versorgungskasse Aufgrund einer Umlageerstattung durch die Rheinische Versorgungskasse sowie den entsprechend niedriger festgesetzten Abschlagszahlung fiel die Umlage in 2016 insgesamt geringer aus.	150.000
Summe	-1.835.000
Teilhaushalt Jugendamt:	
• Personalaufwendungen Die Einsparung resultiert aus der hohen Fluktation (Elternzeit, Kündigung etc.) und der damit verbundenen zeitlich verzögerten Nachbesetzung von Stellen.	100.000
• Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-180.000
• Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verbesserung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	20.000
Summe	-60.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Personal im Jobcenter:</u>	
<ul style="list-style-type: none"> ● Personalaufwendungen Der Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 16.02.2016 beschlossen, dem job-center 23 weitere Stellen zur Verfügung zu stellen, wovon 20 voraussichtlich bereits im August 2016 besetzt werden. 	-400.000
<ul style="list-style-type: none"> ● Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Dennoch kommt es hier zu einer Verbesserung, weil für den Teilhaushalt job-center mehr Beamtenbezüge eingeplant wurden als tatsächlich anfallen. 	7.000
<ul style="list-style-type: none"> ● Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verbesserung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus. 	40.000
Summe	-353.000

Da der Rhein-Sieg-Kreis den kommunalen Finanzierungsanteil trägt, egal bei welchem Dienstherrn die Stellen des job-centers eingerichtet sind, wird der Gesamthaushalt nicht zusätzlich belastet. Es kommt lediglich zu einer Verlagerung der Kosten zwischen dem Budget des Sozialamtes und dem Personalaufwand.

Vermerk**Ergänzung zum Controllingbericht Personal- und Versorgungsaufwendungen;
Urlaubs- und Überstundenrückstellung**

Nach Beschluss des Kreistages sollten im Doppelhaushalt 2015/2016 Urlaub und Überstunden und die hierfür gebildeten Rückstellungen abgebaut werden. Hierfür wurde beim Teilprodukt 0.11.10.06 folgende Erträge veranschlagt:

2015	575.000 €
2016	765.000 €

Dieses Einsparziel in Höhe von insgesamt 1,34 Mio € konnte bereits in 2015 über den Ansatz hinaus mit insgesamt 2,1 Mio € realisiert werden. Dies führt jedoch gleichzeitig dazu, dass in 2016 eine Auflösung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung nicht in der veranschlagten Höhe erwartet werden kann. Für das Haushaltsjahr 2016 isoliert betrachtet stellt dies eine Verschlechterung dar, das Einsparziel insgesamt wurde jedoch über den Ansatz hinaus erreicht.